

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1875**

60 (12.3.1875)

# Beilage zu Nr. 60 der Karlsruher Zeitung.

Freitag, 12. März 1875.

## Deutschland.

\* Berlin, 8. März. Die „Post“ veröffentlicht, wie schon erwähnt, einen Aufruf des Grafen Frankenberg an die „reichstreuen Katholiken“. Es heißt darin: „Als vor ungefähr anderthalb Jahren eine Schaar reichstreuer Katholiken sich zu der Unterzeichnung einer Adresse an Se. Maj. den Kaiser vereinigt hatte, welche ihre Unterwerfung unter die neuen kirchenpolitischen Gesetze aussprach, ließ mich dieser erste Schritt hoffen, daß ein weiteres Zusammengehen mit Männern, welche sich ein ruhiges Urtheil in den heillosen Wirren des Streites und eine bewußte Unabhängigkeit bewahrt hatten, möglich sein würde. Hatte doch Se. Majestät in klarer Weise den Standpunkt dieser Katholiken anerkannt und Fürst Bismarck mir gegenüber ausgesprochen: dies ist der erste Tropfen Del in die freischwebende Waage dieses unheilvollen Kampfes. Ich entwarf ein „Zirkular an Gleichgesinnte“ und sandte es an einige hervorragende Männer mit der Bitte um Kritik.“ Es folgt nun der Wortlaut des Zirkulars, aus welchem wir Nachstehendes herausheben:

Die Entscheidung der streitenden Mächte, zwischen denen wir stehen, nimmt mit der wachsenden Aufregung und Leidenschaftlichkeit ihrer Anhänger naturgemäß zu. Die Jesuitenpartei predigt den Kreuzzug gegen den modernen Staat und wendet ihre volle Macht gegen das Deutsche Reich. Wir müssen uns von ihr der äußersten Mittel verhehlen, um ein neues Canossa herbeizuführen. Das von allen Seiten auf's ängstlichste bedrängte Rom wird vor den äußersten Mitteln nicht zurückweichen. Der angegriffene Staat aber kann sehr leicht dazu gedrängt werden, seine geschwächte Macht auch ungerecht und gewalthätig zu gebrauchen und uns schwer zu bedrücken. Der Krieg ist ja erklärt, und was rechtfertigt, fordert und entschuldigt nicht den Kriegszustand! Wahrlich, das sind Ausichten, die Jedermann tief bekümmern müssen, der mit seinem Vaterlande und seiner Kirche es gut und redlich meint. Wer aber trägt die Schuld hiervon? Gesehen wir es ganz offen, denn nur die ungeschwächte Erkenntnis kann uns Hilfe bringen. Wir selbst — und nur wir selbst — tragen die Schuld und Verantwortung. Nie und nimmer hätte es so weit kommen dürfen, wenn die national gesinnten Katholiken nicht unthätig und still zur Seite gestanden hätten, während die Ultramontanen in unerträglicher Nähe und mit wunderbarer Redlichkeit antraten. Sätten wir ihnen mit annähernder Energie die Spitze geboten, es wäre ihnen nicht gelungen, den hohen und niederen Klerus theils einzuschüchtern, theils zu fanatisiren, das Volk heillos zu verwirren und zu verführen. Deshalb müssen vor Allem die reichstreuen Katholiken sich finden, sich erkennen, sich zusammenschließen, sich verbünden. Ihre Zahl ist ungeheuer groß — wir fühlen, wir empfinden es —; es handelt sich nur darum, sie erkennbar und greifbar zu machen. Darum haben die Unterzeichneten sich die Aufgabe gestellt, die Sondernng zwischen ultramontaner und nationaler zu bewirken und alle gleichgesinnten Katholiken zum Zusammenstreben aufzufordern. Von der Ueberzeugung tief durchdrungen, daß der katholische Christ in dem modernen, paritätischen Staate seine Bürgerpflicht voll und unbedingt erfüllen kann, ohne mit seinem Gewissenspflichten in Widerspruch zu gerathen, bitten wir unsere Glaubensgenossen, auf der Grundlage folgender Sätze sich mit uns zu verbinden:

1) Wir stehen in dem von den Ultramontanen und der Jesuitenpartei herabgeschworenen Kampfe gegen das Deutsche Reich fest und unerschütterlich zum Vaterlande. 2) Wir erkennen dem Reiche, sowie den Einzelstaaten das Recht zu, auf dem Wege der Gesetzgebung die Grenze zwischen Staat und Kirche zu bestimmen. 3) Wir widerstreben dem Prinzip der Trennung von Staat und Kirche. 4) Wir mißbilligen die Bestrebungen des Klerus, seine amtliche, ehrwürdige Stellung zu politischen Parteiducken zu gebrauchen und Widerstand gegen die Staatsgesetze dem Volke zu predigen. Wir werden dem überall entschieden entgegenzutreten. 5) Wir erstreben die Wiederherstellung des tief bedrohten konfessionellen Friedens mit unseren altkatholischen Mitbürgern und mit unseren eigenen Glaubensgenossen auf dem Boden der Gewissensfreiheit und der christlichen Liebe.

Der Aufruf fährt fort: „Die Zeit war noch nicht reif für eine thatkräftige Vereinigung der gemäßigten Elemente. Man antwortete mit „wenn“ und „aber“, man hatte Bedenken und Rücksichten zu nehmen, man hatte genug gethan mit Unterzeichnung der Adresse, man fürchtete die Exkommunikation. (Dies wohl nicht mit Unrecht, denn die ultramontane Presse und thatendurstige Kaplanen schleuderten in acht christlicher Liebe um die Wette große und kleine Bannstrahlen gegen ihre Glaubensbrüder, welche erklärt hatten, den Staatsgesetzen zu gehorchen. Keiner unserer Bischöfe wendete ein Wort gegen dieses Gebahren ein.) Ich erneuere heute mein mahnendes Wort an alle deutsch gesinnten Katholiken und speziell an meine preussischen Landsleute, nachdem ich mich darauf berufen kann, daß die Ereignisse mir in tief ernster und erschütternder Weise Recht gegeben haben, und daß meine Prophezeiungen in schlagendster Art sich erfüllten. Ich erneuere es in dem Augenblicke, wo die Stunde der Entscheidung für Jedermann vernehmlich geschlagen hat. Die ultramontane Partei unter Führung des gegen Preußen unversöhnlich erbittertesten Bischofs hat es vermocht, die vom Papste noch in jüngster Zeit zu Verhandlungen ausgestreckte Hand — (es ist dies wahr, mögen die Ultramontanen es noch tausendmal abläugnen) — zurückzuführen und den schände belagerten und belagerten Kreis, der von der Welt künstlich und geistlich abgesperrt wird, zu einer Kundgebung zu verführen, die in ihrem Lager den ungemessensten Jubel, im Herzen der deutschen Katholiken aber Trauer und Unmuth erweckt hat. Mit Schamerrothen mußte ich lesen, daß das Wort Pius IX., mit welchem er uns preussische Katholiken vom Gehorjam gegen eine Anzahl von Gesetzen, die er sämmtlich, und ohne sie genau anzusehen oder nur zu nennen, für ungültig erklärt, in der katholischen Presse als eine Eingebung des heil. Geistes, als Machtwort des heil. Geistes, als bindend für die Gewissen und die ewige Seligkeit gepriesen wird. Unsere Bischöfe

schweigen über diese Encyclica, sie schweigen auch zu solcher unerhörten Blasphemie der Presse. Müßten da nicht endlich die Katholiken, die nicht zum Heerhaun der Ultramontanen zählen, ihre Stimmen erheben? Ein Mittel der Rettung aus dieser furchtbar ernsten Lage gibt es nur, und das ist das feste Zusammenstehen aller der Katholiken, die von der ultramontanen Majorität sich freigehalten haben, um den Kern für die katholische Entwidlung zu bilden, welche die Verführung der Kirche mit dem Staate finden wird, weil sie ihn finden muß. Die deutschen Bischöfe haben jüngst noch in feierlicher Erklärung ausgesprochen: „Es ist wahrlich nicht die katholische Kirche, in welcher der unbillige und despotische Grundsatze Aufnahme gefunden hat: der Befehl des Oberen entbindet unbedingt von der eigenen Verantwortlichkeit.“ Dies ist ein mächtiger Appell an die Gewissen aller deutschen Katholiken für die gegenwärtige Krisis. Sie thun es unter eigener Verantwortlichkeit, wenn sie, Rom in politischen Dingen gehorchen, dem Kaiser und dem Vaterlande den Gehorjam verweigern. Können aber die Katholiken mit offener Erklärung dem da noch hinter dem Berge halten? Wird später eine Erklärung Werth haben, welche nicht freudig und freiwillig abgegeben wird? Sollen wir warten, bis wir sie nur noch unter dem Scheine des Druckes und Zwanges abgeben können? Das wäre eben so unwürdig als widerlich. In freier, selbstbewußter Wahl stehen wir zum Kaiser und zum Vaterlande! Welche doch mein Mahnruf nicht nochmals ohne dauernden Erfolg verhallen. Die „Germania“ nannte mich zwar höhrend „den Auser in der Wüste“. Ich aber bin stolz auf diesen Ehrentitel, denn jener Auser bereitete ja die Wege für den Sieg des Heiles und den Triumph der Wahrheit. Ferd. Graf Frankenberg auf Tillowitz, Mitglied des Reichstages.“

\* Berlin, 9. März. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Auf unsere wiederholten Fragen, wie in einem Lande etwas den Glauben gebühren könne, was anderwärts ohne Einsprache der geistlichen Oberen geschieht, hatte die „Germania“ uns endlich mit der Bemerkung zurecht gewiesen, daß als maßgebend die Beteiligung der Kirche an der Gesetzgebung betrachtet werden müsse. Die Kirche könne ruhig einer Regierung konzubiren, was sie einer anderen, wenn dieselbe selbstthätig vorzugehen wage, unter keiner Bedingung gestatten dürfe. Dieser Standpunkt ist wohl nur mit jesuitischer Logik zu begründen, nichtsbeherrschender hat er dann eine Berechtigung für sich, wenn man, wie die „Germania“, Staat und Hierarchie als gleichberechtigte Faktoren aufstellt, oder gar eine Dependenz des Staates von der geistlichen Macht behauptet. Die „Germania“ ist aber schon öftermalen trotz ihrer korrekten vatikanischen Auffassung von Vatikan selbst Flügel gestraft worden und neuerdings ist sie durch eine von den liminibus apostolorum ausgegangene Entscheidung wieder in die peinliche Lage verlegt, ihre Argumente gegen die preussischen Kirchengesetze modifiziren zu müssen.

Es ist noch in Jedermanns Erinnerung, daß die österreichischen Kirchengesetze, und darunter im Besonderen jenes Gesetz, welches den Bischöfen die Anzeige über die Befetzung erledigter Pfründen an die Regierung zur Pflicht macht, ohne jegliche Mitwirkung der kirchlichen Autoritäten zu Stande gekommen sind. Die Bischöfe haben denn auch gegen diese Gesetze feierlich protestirt und der Paps hat, ganz im Sinne der „Germania“, in einer der Bulle „quod nunquam“ geistesverwandten Encyclica die österreichischen Kirchengesetze als „höchst verwerflich“ bezeichnet, und damit die Befolgung derselben zur Sünde gestempelt. Aber selbst die Unselbbarkeit ist nicht immer gleichbedeutend mit Konsequenz. Die Mehrzahl der österreichischen Bischöfe hatte es schon früher vorgezogen, den Gesetzen mehr als den Bullen zu gehorchen, und als der letzte der Kenitenten, Bischof Rudigier von Linz, in seiner Gewissensangst nach Rom um neue Ordre sich wandte, da wurde ihm, wie schon gestern mitgetheilt, der Bescheid, daß die neue Anordnung „gebildet“ werden könne. Wie will nun wohl die „Germania“ der Annahme widersprechen, daß das non dissentit tolerari posse unter den ganz gleichen Verhältnissen auch von Preußen beansprucht werden könne?

Aber es scheint eben, als ob die Anschauung kirchlicher Fragen in Oesterreich überhaupt von anderen Grundätzen geleitet werde, als diejenigen sind, welche unsere Unselbbareren als unverrückbar affixiren. So glaubt die ultramontane Konfession in Preußen auch die neuesten Schritte der Regierung von vornherein als „Etreich ins Wasser“ bezeichnen zu dürfen. Die geistlich nicht minder sachverständigen kirchlichen Autoritäten in Oesterreich sind offenbar anderer Meinung, denn wir lesen in dem Organ des Kardinal-Erzbischofs Rauscher in Wien im „Volksfreund“, daß die Aufhebung der Gültigkeit der Bulle „do saluto animarum“ für Preußen „ein Schlag von augensichtlich unbedenkbarer Wirkung“ wäre, der „das praktische Leben jedes deutschen Katholiken bis ins Mark hinein treffen müsse“, und dieser nämliche „Volksfreund“ ist ehrlich genug, einzugestehen, daß die vorerwähnte Bulle, welche ausschließlich den Rechtsboden für die katholische Kirche Preußens bildet, „erst durch die königliche Ordre von Friedrich Wilhelm III. vom 23. August 1821 ihre Geltung als Staatsgesetz erhielt“.

Es ist dies von kirchlicher Seite ein Eingeständniß, dessen Bedeutung wir auch im gegenwärtigen Augenblicke nicht unterschätzen, in welchem der hierarchische Uebermuth den Staat bereits zur Zurücknahme aller Rechtsmittel gezwungen hat, auf welche einzig und allein die katholische Kirche bei uns zu Lande ihre legale Existenz basirt. Die Auseinandersetzung der „Germania“ mit dem „Volksfreund“ über des letzteren Reklamation, und mit der Kurie über deren antidogmatische Nachgiebigkeit gegenüber der österreichischen Kirchengesetzgebung könnte ein eben so lehr- als lehrendes Licht auf die Motoren der kirchlichen Opposition gegen die preussischen Kirchengesetze werfen; darum wird sie auch unterbleiben. Wir aber glauben unsere Leser seit dem neuen Thatsachen nicht mit Stillschweigen übergehen zu dürfen, die nochmals unwiderleglich erhärten, daß man im Vatikan mit zweierlei Maß mißt und daß man ein sehr guter und gläubiger Katholik sein kann, ohne den Ernst und die Berechtigung der Maßregeln läugnen zu müssen, zu denen unsere Regierung in der Nothwehr sich beruhen muß.

München, 8. März. (Allg. Ztg.) In der heutigen Sitzung der Abgeordneten-Kammer legte der Kriegsminister Febr. v. Brandy zwei Gesetzentwürfe vor, deren erster einen außerordentlichen Kredit von 3,827,800 fl. zur Fortsetzung der Arbeiten verlangt, deren Beginn im vorigen Jahre durch Kreditbewilligung ermöglicht wurde, während der andere die Aufhebung des Art. 22 des Wehrverfassungsgesetzes von 1868 (Bestellung und Instandhaltung der Schießplätze zc. für die Landwehr), wie solche schon vielfach verlangt worden ist, bezweckt. Minister v. Freytag beantwortete dann eine neulich von dem Abg. Ponschab an ihn gerichtete Interpellation über die künftige Lage des Bahnhofs in Ingolstadt, welche indeß lediglich von lokalem Interesse ist und mit „des Landes allgemeinen Wohl und Besten“ gar nichts zu thun hat. In der zweiten Lesung des Gesetzentwurfs wegen der Rechtsverhältnisse der Militärbeamten nahm zur allgemeinen Diskussion der Abg. Kuglurm das Wort, um nochmals den Beklemmungen seiner Partei Ausdruck zu geben, welche dieselbe bei jeder Maßregel empfindet, welche die bayerischen Zustände denen des Reiches zu assimiliren geeignet ist. Schon Marquardsen eröffnete indeß den Herren „Patrioten“ die Aussicht, daß, wenn sie das Gesetz heute verwerfen würden, eine weitere Inftanz, der unzweifelhaft kompetente Reichstag, es dann erlassen werde, und Bül rief später ihnen zu: „Verwerfen können Sie das Gesetz, gemacht aber wird es doch!“ Interessant war die Darlegung Haude's, warum er bei diesem Gegenstand von seiner Partei sich trenne: er findet in diesem Gesetz nur Vortheile für die Beamten, wie er auch denen des Civildienstes sie wünschen möchte und allmähliche materielle Erleichterung für die Steuerzahler. Aber mit Ausnahme Haude's, Ebers und Ju Rhein's stimmten die Patrioten geschlossen gegen die Vorlage, welche 76 Ja und 67 Nein erhielt, so daß sie, da eine Mehrheit von zwei Dritteln erforderlich gewesen wäre, als verworfen erscheint.

## Frankreich.

Paris, 9. März. Nationalversammlung von Versailles. Sitzung vom 8. März.

Die dritte Lesung der Dynamitvorlage wird fortgesetzt. Der Ausschuß erklärt sich durch den Berichterstatter Sèbelot mit dem Amendement des Hrn. Victor LeFranc, nach welchem für jede Dynamitfabrik eine Kaution erfordert werden soll, mit der Maßgabe einverstanden, daß diese Kaution nicht auf 100,000, sondern auf 50,000 Frs. zu fixiren wäre. Der Finanzminister hat gegen diese Bestimmung ebenfalls nichts einzuwenden und sie wird angenommen. Die übrigen Artikel der Vorlage bringen ohne Debatte durch; das Amendement des Hrn. Montgolfier, wonach der Einfuhrzoll für fremdes Dynamit nicht 2 1/2 Frs., sondern 2 Frs. betragen soll, wird abgelehnt. Marquis v. Floenc (einer der Gouverneure der Bant von Frankreich) bringt als dringlich folgenden Antrag ein:

In Zukunft darf Niemand die Funktionen eines Präsidenten des Verwaltungsraths einer Eisenbahn-Gesellschaft versehen, wenn er nicht Franzose und von den Ministern des Kriegs und der Finanzen bekräftigt worden ist.

[Zum Verständnis der eigentlichen Ziele dieses Antrags diene Folgendes: Der in der letzten Zeit vielgenannte belgische Finanzier Philippart hat die Konzession zu einer Anzahl franz. Lokalbahnen und insbesondere der Linie Picardie-Flandern an sich gebracht und damit den gewaltigen Jörn der altprivilegirten großen französischen Eisenbahn-Gesellschaften und namentlich der allmächtigen Rothschild'schen Nordbahn erregt, welche nach ihrer Konzessionsurkunde ein Prioritätsrecht auf jene und andere Linien zu besitzen vorgibt. Um diese Frage ist bereits ein heftiger Zeitungssturm entbrannt, in dem „La Presse“, „La Liberté“ und das kürzlich von Savary und Philippart gegründete „Echo universel“ die Sache der kleinen, der „National“ die Sache der großen Bahnen vertreten. Der Bauteurminister Caillaux steht in diesem Streite, welcher demnächst vor die Nationalversammlung gelangen soll, auf Seite des alten Monopols und wird deshalb in den erwähnten Organen schon seit Wochen auf das Heftigste angegriffen. Die Gegner Philippart's, zu denen die Rothschild, die Talabot, die Souheyran, die ganze erbgeseffene Pariser Finanz, gehören, haben nun glücklicherweise den belgischen Finanzier sei ein Emiffar Bismarck's und gehe darauf aus, das ganze nordöstliche Eisenbahn-Netz unter die Herrschaft des deutschen Nachbarn zu bringen. So absurd diese Erfindung ist, das Gelpenk Bismarck wird in Frankreich nie ohne Erfolg an die Wand genallt: die Ungebildeten glauben an die Intrigue und viele Gebildete haben alles Interesse, sich wenigstens den Anschein zu geben, als ob sie daran glauben. Die Dringlichkeit für den Antrag des Hrn. v. Floenc wird angenommen.]

## Vermischte Nachrichten.

— Seit einiger Zeit ist ein Komité, dem unter Anderen auch Professor Tyndall angehört, in Wolowich mit Experimenten beschäftigt, die zu einer Verbesserung in dem Signalsystem an der Küste führen sollen. Kanonen werden in gewissen Pausen abgeschossen, und die Mitglieder des Komité's versuchen festzusetzen, wie weit der Knall jeder Entladung gehört werden kann, und auch die Verschiedenheit des Einbrüdes, den die verschiedenen Schüsse auf das Ohr machen. Man will nämlich ein Signalsystem einführen, durch welches die Seefahrer nicht nur vor einer Gefahr gewarnt werden sollen, sondern auch unterrichtet werden, wo sie sich befinden und vor welcher Gefahr sie zu stehen haben. Der Unterschied zwischen einer Pulver- und Schießbaumwoll-Entladung ist sehr leicht vernehmbar und ein Kodex dürfte sich daher daraufhin arrangiren lassen.

— Nach einem dem „New-York Herald“ zugehenden Telegramm traf Hasaballa, König von Darfur, mit Familie in Khartum ein. Die Garnison feuerte elf Salutsschüsse ab. Der König besucht den Khedive in Kairo; er bringt als Geschenk 17 dem früheren König Ibrahim gehörige Pferde.

Handel und Verkehr.

Neuester Frankfurter Kurszettel im Hauptblatt

II. Seite.

Handelsberichte.

Wien, 10. März. Die Mitglieder des Ausschusses der früheren Abendbörse beschließen, der Börse die Wiedereinführung der Abend- und Sonntagsbörse anzupfehlen.

Berlin, 10. März. Schlussbericht. Weizen per April-Mai 180.50, per Juni-Juli 184.50. Roggen per April-Mai 147.50, per Juni-Juli 142.

Dresden, 9. März. Getreidemarkt. Spiritus pr. 100 Liter 100 1/2 pr. März 55.80, pr. April-Mai 55.90, pr. Juni-August 58.

Stettin, 9. März. Getreidemarkt. Weizen pr. April-Mai 182 M. - Pf., pr. Mai-Juni 182 M. - Pf. Roggen pr. April-Mai 144 M. - Pf., pr. Mai-Juni 140 M. 50 Pf.

Köln, 10. März. (Schlussbericht) Weizen - loco hieriger 20.50, loco fremder 20. - per März 19.5, per Mai 18.70, per Juni 18.0.

Hamburg, 10. März. Schlussbericht. Weizen fest, per Mai-Juni 182 G., per Juni-Juli 184 G., per Juli-August 186 G.

Mannheim, 8. März. Seit gestern rapider Umschlag der Witterung mit mildem Regen; der Frühling hat sich pünktlich eingestellt.

Paris, 9. März. Der parlamentarische Feldzug, welcher gestern gegen Herrn Philippart eröffnet worden ist, konnte eines gewissen Rückschlages auf die von diesem Finanzmann in Entreprise genommenen Verthe nicht verfehlen.

trüge spärlicher ein, während andererseits noch die Restlinge in erster Hand gedröckelt werden konnten und zum Angebot kamen; indessen haben die Preise, insbesondere für reelle Qualitäten sich vollkommen behauptet.

Stoßach, 9. März. [Fruchtmarkt-Preise]. Kernen, höchste 21 M. 60 Pf., mittlerer 20 M. 85 Pf., niedrigster 20 M. 6 Pf.

Paris, 9. März. Der parlamentarische Feldzug, welcher gestern gegen Herrn Philippart eröffnet worden ist, konnte eines gewissen Rückschlages auf die von diesem Finanzmann in Entreprise genommenen Verthe nicht verfehlen.

Paris, 9. März. Der parlamentarische Feldzug, welcher gestern gegen Herrn Philippart eröffnet worden ist, konnte eines gewissen Rückschlages auf die von diesem Finanzmann in Entreprise genommenen Verthe nicht verfehlen.

Paris, 9. März. Der parlamentarische Feldzug, welcher gestern gegen Herrn Philippart eröffnet worden ist, konnte eines gewissen Rückschlages auf die von diesem Finanzmann in Entreprise genommenen Verthe nicht verfehlen.

Paris, 9. März. Der parlamentarische Feldzug, welcher gestern gegen Herrn Philippart eröffnet worden ist, konnte eines gewissen Rückschlages auf die von diesem Finanzmann in Entreprise genommenen Verthe nicht verfehlen.

Paris, 9. März. Der parlamentarische Feldzug, welcher gestern gegen Herrn Philippart eröffnet worden ist, konnte eines gewissen Rückschlages auf die von diesem Finanzmann in Entreprise genommenen Verthe nicht verfehlen.

Paris, 9. März. Der parlamentarische Feldzug, welcher gestern gegen Herrn Philippart eröffnet worden ist, konnte eines gewissen Rückschlages auf die von diesem Finanzmann in Entreprise genommenen Verthe nicht verfehlen.

Paris, 9. März. Der parlamentarische Feldzug, welcher gestern gegen Herrn Philippart eröffnet worden ist, konnte eines gewissen Rückschlages auf die von diesem Finanzmann in Entreprise genommenen Verthe nicht verfehlen.

In Folge lebhafter Nachfrage aus den Provinzen fester. Dreimonatswechsel werden selten unter 3 1/2 Proz. gegeben, und Gold ist nicht mehr so abundant.

London, 10. März. Der heutige Getreidemarkt schloß bei schlep-pendem Geschäft fest. Hafer fram. Zufuhren: Weizen 43 0, Gerste 5620 C. Wetter Nachtfrost.

New-York, 9. März. Goldagio 115 1/2. London 4.81. Baumwolle middl. Upland 16 1/2, es. Petroleum Standard white 15 cs.

Witterungsbeobachtungen der meteorologischen Station Karlsruhe.

Table with columns: März, 10. März, 11. März, Baromet. (758.7, 756.), Therm. (9.0, 8.4, 8.0), Feuchth. (60, 75, 91), Wind, Himmel, Bemerkung.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Kretschmar in Karlsruhe.

Im Inzerattheil dieses Blattes erscheint eine Annonce bezüglich der Eröffnung des Sommersemesters der Handelsschule zu Wittenberg a. M.

Preise der Woche vom 28. Februar bis 7. März 1875. (Mittgetheilt vom Statistischen Bureau.)

Large table with multiple columns: Orte, Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Stroh, Heu, Kartoffeln, Eier, Brennstoff, etc. Lists prices for various locations like Constanz, Ulm, Stuttgart, etc.

Bürgerliche Rechtspflege.

D.992. Nr. 2013. 8 a. h. r. Die Stiftung des Lazarus veräußert im Oktober v. J. einen dem Stift gehörigen Acker auf der Gemarkung Friesenheim an Michael Finner.

Table with columns: D.-Nr., Plan-Nr., Erb.-Nr., Fläche, Kulturart und Gewinn. Lists land parcels with details.

Erbschaften. D.2. Mannheim. Henriette, Margaretha und Kaspar Lenz aus Worms, welche vor mehreren Jahren nach Amerika ausgewandert sind.

binnen 3 Monaten, von heute an, bei unterfertigter Theilungsbehörde um so gewisser geltend zu machen, als nach Umlauf dieser Frist ihr Erbtheil denjenigen zugewiesen würde, denen er zuzukommen, wenn die Vorgesetzten zur Zeit des Erbfalls nicht mehr am Leben gewesen wären.

binnen 14 Tagen zu stellen, indem sonst nach dem Ergebnis der Untersuchung das Erkenntnis werde gefällt werden. Freiburg, den 6. März 1875. Groß. bad. Amtsgericht. Reich.

binnen 14 Tagen Strafe von 14 Tagen verurtheilt. B. R. W. Dies wird hiermit dem abwesenden Angeklagten verhandelt. So gehalten Weihenheim, den 22. Februar 1875. Groß. bad. Amtsgericht. Diez.

binnen 14 Tagen Strafe von 14 Tagen verurtheilt. B. R. W. Dies wird hiermit dem abwesenden Angeklagten verhandelt. So gehalten Weihenheim, den 22. Februar 1875. Groß. bad. Amtsgericht. Diez.